

# Bagdad mauert sich ein

Um Iraks Hauptstadt wird ein gigantischer Schutzwall errichtet. Mehr Sicherheit versprechen sich die Bewohner davon nicht. Sie wollen Jobs, Strom und Wasser. **Von Karin Leukefeld, Bagdad**

Willkommen in Bagdad«, lacht Ali und drosselt am »Bagdad Gate« die Geschwindigkeit nach der mehrstündigen Fahrt von Kirkuk aus. Die zwei großen Torbögen markieren die nordöstliche Stadtgrenze zur Provinz Diyala. »Die Tore sind neu«, erklärt Ali, das eigentliche »Bagdad Gate« stehe im Norden, an der Stadtgrenze zur Provinz Salahadin, wo es nach Tikrit, Samara und Mossul geht. Während die Gebäude des neuen »Bagdad Gate« für Polizei und Soldaten bereits fertig gestellt sind, ziehen sich die Bauarbeiten der Tore und der hindurchführenden Straßen hin. »Hier soll die Mauer um Bagdad beginnen und enden«, berichtet Ali aus den Nachrichten vom Vortag. Der »Sicherheitszaun« ist eine Idee aus dem Verteidigungsministerium und soll bis Mitte 2011 errichtet sein. Tatsächlich handelt es sich um eine Mauer aus Betonelementen, auf deren oberem Ende ein Zaun mit Kameras und Bewegungsmeldern installiert werden soll. In den ländlichen Gegenden, die Bagdad umgeben, sollen tiefe Gräben die Mauer ersetzen. Nur durch acht Tore soll man die irakische Hauptstadt erreichen können. Ali findet die Idee gut, zumal es heißt, die Kontrollpunkte und Straßenbarrieren in der sieben Millionen Einwohner zählenden Metropole würden anschließend beseitigt werden.

Am frühen Morgen bietet Bagdad ein bizarres Bild. Die breiten Einfallsstraßen ins Zentrum sind völlig verstopft. Die Stadtviertel rechts und links der Straßen sind hinter hohen Betonmauern verborgen, an denen die Werbeplakate der Parlamentswahl vom 7. März verblasen. Jedes Fahrzeug muß unzählige Posten passieren, während Soldaten und Polizisten die Gesichter studieren, mit Spiegeln unter die Fahrzeuge blicken oder mit Sprengstoffdetektoren, die sie wie eine Pistole halten, am Fahrzeug entlanggehen. Wenn Fahrer oder Mitfahrer am Morgen zuviel Rasierwasser oder Parfüm benutzt haben, schlägt das Gerät schon mal aus, lacht Ali. »Das Ganze ist eine Farce. Wir wissen, daß jemand ein gutes Geschäft gemacht hat, aber die Geräte sind nutzlos.« Fahrzeuge mit Sprengstoff und Attentäter sind trotzdem in die Stadt gelangt, viele vermuten hochrangige Sicherheitskräfte dahinter, die gegen Geld aus dem Ausland oder aus Überzeugung die Anschläge decken. Niemand macht die Soldaten und Poli-



»Völlig sinnlos« – Alltagsszene in der irakischen Hauptstadt

zisten verantwortlich, die in brütender Hitze und Staub ausharren und selber Ziel von Anschlägen werden. Um die Leute aufzumuntern, haben sie die Kontrollposten mit Plastikblumen und irakischen Fahnen geschmückt und finden immer wieder ein freundliches Wort für die Wartenden.

Eine Mauer um Bagdad hält der Sportlehrer Kerim für »völlig sinnlos«. Solange sich die Regierung nicht um die Bevölkerung, sondern nur um ihren eigenen Vorteil kümmere, werde es weiter Gewalt und Anschläge geben, keinen Strom, kein Wasser, keine Arbeit. »Vor allem Arbeit ist wichtig für uns«, sagt Kerim, der nach seinem Studienabschluß 1994 ein Gehalt von umgerechnet weniger als zwei US-Dollar erhielt. »Das Geld reichte nicht einmal aus, um eine Stange Zigaretten zu kaufen.« Nach dem Einmarsch in Kuwait im Sommer 1990 stand der Irak unter UN-Sanktionen, viele gingen ins arabische Ausland, um Geld zu verdienen. Kerim verkaufte Eis im Jemen und trainierte Sportstudenten in Libyen, heute verdient er sich gelegentlich Geld als Fahrer und kümmert sich um das Geschäft eines Freundes, der 2008 nach Amman floh. Weil er nicht Mitglied einer Partei ist, hat er keine Aussicht, einen der inzwischen gut bezahlten Jobs als Sportlehrer oder

im Bildungsministerium zu bekommen. Während einer Fahrt über die Jumhuriya-Brücke, vorbei an der »Grünen Zone« und dem alten Muthanna-Flughafen, auf dem kürzlich ein Geheimgefängnis entdeckt wurde, erzählt Kerim von der Festnahme seines Vaters und dessen Freilassung nach 23 Monaten Haft. Er war von einem »geheimen Informanten« der US-Armee beschuldigt worden, die Mehdi-Armee von Muqtada Al-Sadr finanziell zu unterstützen. »Mein Vater war damals 72 Jahre und erhielt eine monatliche Pension von 80 US-Dollar«, regt Kerim sich auf. »Wie soll er von dem wenigen Geld seine Familie und dann noch politische Parteien unterstützen?!« Selbst wenn er gespendet hätte, sei das eine private Entscheidung und nicht illegal. 23 Monate verbrachte der alte Mann in Camp Bucca, dem Wüstengefängnis der US-Armee bei Basra im Südirak. Als es Ende 2009 geschlossen wurde brachte man ihn ins Cropper-Camp am Flughafen von Bagdad, erst Ende März 2010 kam er frei. »Der Mann, der ihn ins Gefängnis brachte, ist seit zehn Monaten selbst in Haft«, sagt Kerim, und die Genugtuung darüber ist ihm anzumerken.

»Es ist das System der Amerikaner, das Irak und unsere Gesellschaft zerstört hat und Tausende Menschen unrechtmäßig ins Gefängnis bringt oder

tötet«, bestätigt Salim Al-Jiboori\*, der im Irakischen Menschenrechtsrat aktiv ist. Geheime Informanten erhielten Geld von den Amerikanern, ohne daß der Wahrheitsgehalt ihrer Aussagen geprüft werde. »Am schlimmsten war es 2006 und 2007«, erinnert er sich an andere Greuelthaten, über die offiziell bis heute geschwiegen werde. So die Mordwellen gegen Lehrer und Professoren, Wissenschaftler und Ärzte, deren Hintermänner bis heute nicht gefaßt wurden. In einer ganzen Serie wurden Dutzende früherer Piloten der irakischen Luftwaffe ermordet, was viele für eine Vergeltung für deren Teilnahme im Krieg gegen den Iran (1980–1988) hielten. Aufgeklärt wurden alle diese Morde nie. »Damals herrschte Ausgangssperre und dennoch fand man fast jeden Morgen Dutzende junger Männer ermordet auf den Straßen, zog Leichen aus dem Tigris, geknebelt und gefesselt.« Es sei noch nicht vorbei, meint Al-Jiboori und berichtet von dem Fall eines Professors, der erst vor einer Woche morgens früh auf dem Weg zur Arbeit von Uniformierten gestoppt und mit seinen zwei Begleitern erschossen worden war. »Sie benutzen Schalldämpfer, so daß man es in dem Chaos, das hier herrscht, gar nicht merkt.«

\* Name auf Wunsch und aus Sicherheitsgründen geändert

## HINTERGRUND Leuchtturm für Menschenrechte

Das kleine Hotel Al-Fanar liegt im Schatten des Palästina-Hotels in Bagdad-Risafa, am Ostufer des Tigris. Vor dem Krieg waren die wenigen Nichtregierungsorganisationen hier untergebracht, die einen Weg gefunden hatten, mit Zustimmung der Regierung von Saddam Hussein im Irak tätig zu sein. Die französische Kinderrechtsorganisation Enfants du Monde zum Beispiel arbeitete in dem »Leuchtturm für Menschenrechte«, wie einer ihrer Mitarbeiter 2001 das Hotel einmal nannte. Al-Fanar ist arabisch und heißt »Der Leuchtturm«. Die Organisation versuchte, die Folgen des unmenschlichen UN-Embargos abzufedern, mit dem die Iraker für die völkerrechtswidrige Invasion Kuwaits seit 1990 bestraft wurden.

Im Herbst 2002, als sich die Entschlossenheit der US-Regierung unter George W. Bush abzeichnete, einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak zu starten, kamen viele Kriegsgegner in den »Leuchtturm für Menschenrechte« in Bagdad. Im Januar 2003 wohnte auch eine Delegation aus Deutschland im Al-Fanar, mit dabei Konstantin Wecker, der ein für viele Iraker damals unvergessenes Konzert gegen den Krieg gab. In seinem Reisetagebuch beschrieb Wecker den »morbid und bröckelnden Charme des Al-Fanar-Hotels«, dessen Einrichtung ebenso unter den Sanktionen zu leiden hatte, wie die Iraker. Alle Reportagen und Artikel von jW-Autorin Karin Leukefeld wurden im Al-Fanar geschrieben. Seit 2001 berichtet sie aus dem Irak. Nach der US-Invasion wurde der »Leuchtturm für Menschenrechte« von amerikanischen Sicherheitsfirmen in Beschlag genommen, die im Frühstücksraum und der Lobby mit ihren Waffen herumfuchtelten – wie der Irak war auch das Al-Fanar besetzt.

Als am 25. Januar 2010 schwere Anschläge auf Hotels in Bagdad 36 Menschen töteten, wurde über die Zerstörung der Hotels Palästina, Sheraton, Hamra und Babylon berichtet. Das Al-Fanar war zu klein, um Schlagzeilen zu machen, doch die Wucht der Explosionen traf es hart. »Wir hatten gerade renoviert und wollten wieder eröffnen«, berichtet einer der Mitarbeiter. Nun bewacht er in der Lobby die Trümmer und weiß nicht, wie es weitergeht. Der Bericht von Konstantin Wecker war übrigens genau sieben Jahre vor dem Anschlag in der jW erschienen, am 25. Januar 2003.

(jW)

# »Streit um Posten, nicht um Politik«

Regierungsbildung in Bagdad kann sich noch Monate hinziehen. **Gespräch mit Mohamed Tofiq**

Zwei Monate nach den irakischen Parlamentswahlen gibt es noch immer keine Regierung im Irak, was ist los?

Ich befürchte, es wird noch länger dauern, bis sich eine Regierung bildet. Der ganze Streit geht um Posten, nicht um Politik. Manche Beobachter meinen, das kann sich noch zwei, drei Monate hinziehen.

Wirkt sich dieses Vakuum in Bagdad negativ auf die Situation in Kurdistan aus?

Natürlich, ob positiv oder negativ – egal, was in Bagdad passiert, es betrifft uns.

Mohamed Tofiq (55) ist Sprecher der oppositionellen Bewegung Goran (Wechsel) in Sulaimania im kurdischen Nordirak. Er war bis 2006 Mitglied im Politbüro der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) und hatte in den 1990er Jahren der von den USA gestützten Regierung in den kurdischen Autonomiegebieten angehört

Bagdad ist die Hauptstadt des Landes, und die Zentralregierung hat hier das Sagen. 95 Prozent unseres Budgets kommen aus Bagdad. Je mehr Stabilität es dort gibt, umso besser für uns. Je mehr Demokratie es dort gibt, umso mehr

wird sich das auf die Politik hier bei uns auswirken. Und wenn dort Chaos herrscht, ist es für uns ebenso schlecht, wie für den ganzen Irak.

Viele Iraker haben Angst davor, daß das Machtvakuum zu neuer Gewalt und vielleicht sogar zu einem Bürgerkrieg führen könnte.

Ich hoffe nicht, obwohl wir in den letzten Wochen wieder mehr terroristische Anschläge gesehen haben. Viele Menschen wurden getötet oder aus ihren Häusern vertrieben. Wenn man sich die Nachrichten und Sendungen aus Bagdad ansieht, wird ganz deutlich, wie selbstsüchtig

diese Politiker sind, völlig verantwortungslos. Wenn man hört, was die Leute in Bagdad sagen, wenn sie gefragt werden, ich meine die einfachen Leute auf der Straße, sie haben die Nase voll. Die Politiker reden nur darüber, wer jetzt Ministerpräsident werden soll, wer ein Minister, wer der Präsident. Niemand spricht über die wirtschaftliche Lage, über Infrastruktur oder wie die sozialen Probleme gelöst werden können. Niemand legt ein Programm vor und sagt: Hier Leute, das will ich machen, also schenkt mir Euer Vertrauen. Sie reden nur darüber, wer welchen Posten kriegt.

Braucht der Irak vielleicht so etwas wie eine »libanesische Lösung«, um eine neue Regierung zu bilden ...

Die haben wir doch schon. Alle Posten sind nach Nationalitäten und Religionszugehörigkeit verteilt. Jetzt wollen sie sogar die höchsten Posten im Staat fest vergeben. Der Ministerpräsident soll immer ein Schiit sein, der Präsident ein Kurde und die Sunniten sollen den Parlamentssprecher stellen. Wie im Libanon.

Interview: Karin Leukefeld, Sulaimania